

## Verhinderung warum?

### Wie Studen gegen die Landi kämpft – BT, 3. November

Fast täglich ereilen uns die Nachrichten von nicht unbedeutenden Entlassungen in ganz Europa oder von Produktionsverlagerungen nach Fernost mit derselben Folge. Und fast täglich hört und liest man von interessanten Projekten, deren Realisierung grundsätzlich einmal verhindert werden durch Umweltorganisationen, Behörden und Amtsstellen. So konnte man im BT erfahren, dass die Gemeinde Studen gegen das volkswirtschaftlich und regional nicht unbedeutende Erweiterungsprojekt der Landi Schweiz AG (+150 Arbeitsplätze sowie ein grosses Investitionsvolumen über mehrere Jahre) Beschwerde eingereicht hat. Dies, obwohl die Landi Schweiz im Besitz einer genehmigten Überbauungsordnung, Umweltverträglichkeitsprüfung sowie einer Baubewilligung für den Ausbau der Verwaltung, eines Ladens und einer neuen Zufahrtstrasse ist.

Die Gemeinde Studen will mit der Beschwerde angeblich den Kanton politisch unter Druck setzen, den Vollanschluss an die A6 zu realisieren, damit das Studener Industriegebiet attraktiver würde. Denn Studen gehöre zu den Entwicklungsschwerpunkten im Kanton, dies gemäss Gemeindepräsident Urs Lanz, im besagten Zeitungsartikel.

Ich bin der Meinung, Entwicklungsschwerpunkt ja – aber nicht in wirtschaftlicher, sondern in gemeindepolitischer Hinsicht. Es ist absurd, wenn sich ein Gemeinderat dazu hinreissen lässt, ein regional bedeutendes Wirtschaftsjekt zu verhindern oder mindestens zu verzögern versucht, im Glauben, die eigenen Gemeindeinteressen in den Vordergrund zu

rücken und vom Kanton umsetzen zu lassen. Eine solche abwegige Wirtschaftspolitik auf Gemeindeebene ist im Sinne eines «Entwicklungsschwerpunktes» entwicklungsbedürftig. Es ist auch absurd zu glauben, dass die Gemeinde Studen mit ihrem Verhalten gegenüber Wirtschaftsunternehmen attraktiv wirkt. Nein, im Gegenteil – das müsste der Gemeinderat Studen eigentlich wissen –, als Erstes prüfen interessierte Unternehmen einen allfälligen neuen Standort in politischer Hinsicht. Denn was nützen einem Unternehmen günstiges Land, tiefe Steuern, gute Verkehrslage, wenn die Standortgemeinde eine derart abweisende Politik betreibt.

Das Verhalten des Gemeinderates Studen ist so verwerflich, dass man auf den Gedanken kommen könnte, dass die Beschwerde nicht zum Wohl der Gemeinde, sondern zum Wohl weniger Einzelinteressen geführt wird. Ein pikantes Detail dazu: Hans-Ueli Müller, Geschäftsführer der Landi Brügg AG, wo der Studener Gemeindepräsident Urs Lanz im Verwaltungsrat sitzt, hat gegenüber den «Ausbaugelüsten» der Landi Schweiz AG gemischte Gefühle, weil er der Meinung ist, in Brügg dieselben Kunden zu haben wie die Landi in Dotzigen, und erachtet seine Lieferantin Landi Schweiz AG als Konkurrenz.

Es würde der Gemeinde Studen nicht schlecht anstehen, wenn ihre Politik über die Gemeindegrenzen hinausreichen, regionalen Charakter annehmen und unterstützend wirken würde. Denn nur ein Miteinander innerhalb der Region hat Zukunftschancen.

Hans Habegger, Studen